

Statt Finanzkrach & Chaos:

**Am Neckar
das Ruder**

herumreissen!



Stephan Ossenkopp
OB für Stuttgart

BüSo 

Kreativität statt grünem Zeitgeist! Stuttgarts Rolle beim Wiederaufbau eines bankrotten Europa

Von Stephan Ossenkopp

Da Stuttgart und seine Umgebung einen der wenigen noch relativ intakten Landstriche Europas darstellt, wird der kommende Oberbürgermeister eine besondere Verantwortung dafür tragen müssen, den potentiellen weiteren Niedergang dieser Region aufzuhalten, das Ruder herumzureißen und das wirtschaftlich ruinierte Europa wieder mit aufzubauen. Denn Europa versinkt unter dem vorherrschenden Wirtschaftssystem im Chaos. Es drohen deshalb auch hierzulande Hyperinflation, massive Arbeitsplatzverluste und sozialer Abstieg, sollte der Weg der Euro-Rettungspakete, des Sparhaushalts, und der Energiewende beibehalten werden. Gerade in Zeiten wie heute, in denen West- und Zentraleuropa in eine existenzbedrohende Zusammenbruchskrise verwickelt sind, muß sich der künftige Oberbürgermeister den wahren Ursachen des Dilemmas - nämlich dem vor über 40 Jahren diktierten selbstzerstörerischen Kurs des ‚ökologischen Umbaus‘ und der ‚Entfesselung der Marktkräfte‘ - entgegenstellen und für Lösungen zum Schutz des Gemeinwohls mobilisieren.

Genau das passierte in den letzten Jahren nicht. Man denke nur an die, den Stuttgartern zur Genüge bekannte Deregulierungs- und Privatisierungspolitik des bisherigen Oberbürgermeisters, der dafür von der neoliberalen Lobby-Organisation „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) Ranking-Bestnoten erhielt. Die INSM wurde bei ihrer, in Wahrheit ebenso industrie- wie arbeitnehmerfeindlichen, gesellschaftlichen Umbaukampagne von der Werbeagentur Scholz & Friends beraten, für die der neue CDU/FDP/FW-Oberbürgermeisterkandidat an führender Stelle tätig war. Eine solche „Kontinuität“ ist wohl das letzte, was Stuttgart jetzt braucht.

Das Hauptproblem ist, daß diese katastrophalen Vorstellungen mit dem Aufstieg der radikal anti-industriellen und kulturpessimistischen 68er- und Ökologie-Bewegung in nahezu allen Einrichtungen der Politik und Kultur vorherrschend geworden sind. Junge Menschen haben kaum eine Möglichkeit, der allgegenwärtigen Gleichschaltung auf „grün“ zu entfliehen. Alle sollen an eine angebliche Überbevölkerung, an knappe Ressourcen, die Übermacht der irrationalen Sinne über den Verstand, an das Streben nach Geld und Komfort glauben. Wäre der Nachkriegs-Oberbürgermeister Arnulf Klett ein Öko-Yuppie oder ein Privatisierungsguru gewesen, hätte man in Stuttgart wahrscheinlich keinen Maschinenbau, keine Industrie und keine moderne Infrastruktur aufgebaut.

Dieses „grün-liberale“ Gesellschaftsmodell ist jedoch einem raschen Untergang geweiht, und diejenigen, die davon profitieren, wissen das auch. Die maroden



Stephan Ossenkopp, Kandidat der Bürgerrechtsbewegung Solidarität für das Amt des Stuttgarter Oberbürgermeisters

Finanzinstitutionen werden verzweifelt mit wertlosem Notenbankgeld vollgepumpt, die Propaganda aus den PR-Agenturen, die sich „Redaktionen“ nennen, läuft auf Hochtouren, betonköpfige Politiker posieren fast stündlich Durchhalteparolen hinaus und fordern: „Rettet den Euro! Mehr Europa! Die Globalisierung ist eine Tatsache! Die Energiewende kommt! Es gibt kein Zurück!“ Jedoch nichts von alledem ist „rettbar“, und der Zusammenbruch des Systems - und damit potentiell weiterer Millionen produktiver Arbeitsplätze - schreitet mit Riesenschritten voran. Sogar vor einem Weltkrieg schreckt die in Panik geratene globale Elite nicht zurück, um damit sperrige Gegner dieser Politik - wie z.B. Rußland und China, die einen ganz anderen Weg gehen und partnerschaftlich mit Spitzentechnologien ihre Wirtschaft aufbauen - lahmzulegen. Doch dieser Schritt würde den Einsatz thermonuklearer Waffen ins Spiel bringen, die dann die gesamte Menschheit zerstören würden. Ein seidener Faden trennt uns also in diesen Tagen vor einer globalen Katastrophe, es sei denn, wir besinnen uns und kehren zurück auf den Weg des Aufbaus und des Friedens.

Wie sähe so ein Aufbauprogramm aus und wie gelangen wir dorthin?

Die im folgenden abgedruckten Artikel sollen den grundlegenden Weg weisen und eine Diskussion darüber in Gang setzen. 1947 war Stuttgart ja in weiten Teilen zerstört, und sein erster Oberbürgermeister, der

erwähnte Dr. Klett, sagte damals, man bräuchte einen weitsichtigen Oberbürgermeister, der auch angesichts der alltäglichen Schwierigkeiten die Zukunft nicht aus dem Blick verlore. Wenn Sie mich in dieses Amt bringen, werde ich mich dafür einsetzen, daß sich unter Stuttgarts Führung ein Bündnis aus Institutionen aus ganz Deutschland für ein Trennbankensystem und die Wiedereinführung einer deutschen Binnenwährung stark macht, was uns geeigneten Kredit für den Erhalt und den weiteren Aufbau produktiver Arbeitsplätze ermöglichen wird. Das bedeutet, daß auch Druck auf eine Mehrheit der Bundestagsmitglieder ausgeübt werden muß, jede weitere Verabschiedung von Rettungspaketen für das System der bankrotten Großbanken sofort einzustellen.

Statt dessen brauchen wir eine strikte staatliche Scheidung zwischen demjenigen Bereich des Finanzsystems, der in spekulative Geschäfte involviert ist, und dem der Hausbanken der Industrie, des Mittelstands, der Landwirtschaft und der Sparer. Das Vorbild dafür ist das Glass-Steagall-Gesetz des US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt. Dadurch wird die Gefahr einer Hyperinflation mit einem Schlag beseitigt, weil die Spielgeld-Schulden der Zocker, Spekulanten und Betrüger in den Führungsetagen der Investmentbanken keine Relevanz mehr für uns haben. Banken mit solidem Kapital- und Kreditgeschäft erhalten allerdings Konkurschutz und werden saniert.

Auch die Einführung einer neuen D-Mark ist technisch eher ein kleines Problem, und wenn andere europäische Nationen unmittelbar mitziehen und die neuen nationalen Währungen durch feste Wechselkurse einen europäischen Kreditverbund bilden, können große Verwerfungen aufgefangen und ein europäisches Wiederaufbauprogramm angeschoben werden. Dieser Schritt stellt das berühmte Ende mit Schrecken dar und ist einem Schrecken ohne Ende - also dem ESM und der Fiskalunion - in jedem Fall vorzuziehen.

Es wird gesagt, der OB von Stuttgart habe gar nicht die Macht, darauf einzuwirken. Warum wurde dann aber der jetzige Oberbürgermeister von der EU gemeinsam mit elf weiteren Personen (darunter Mario Monti) in den elitären „Rat der Weisen“ berufen, der mit dem Bericht „Projekt Europa 2030“ das zerstörerische EU-Globalisierungsdogma vorantrieb? Wir wollen doch einmal sehen, was man mit Weitsicht und Mut erreichen kann, wenn Stuttgart seine Stimme für eine Rückkehr zum Gemeinwohl in die Wagschale wirft!

Ein neues Paradigma

Die nächsten Schritte werden ungleich schwieriger, sind aber nichtsdestotrotz von größter Wichtigkeit. Die beispiellose Propagandakampagne, mit der verstärkt seit den 1960er Jahren u.a. der Club of Rome und der WWF die Institutionen und die öffentliche Meinung mit der Lüge von der Überbevölkerung der Erde korrumpiert haben, muß systematisch zurückgewiesen werden. Die damit angerichtete Zerstörung der produktiven und moralischen Substanz der ehemals so starken Technologie- und Industriestaaten in den USA und Europa ist historisch ohne Beispiel. Im Na-

men dieser und tausender weiterer „grüner“ Organisationen werden ganze Kontinente dem Massensterben preisgegeben. Dabei ist bekannt, daß die mathematischen Formeln, mit denen angeblich errechnet wurde, daß die Bevölkerung zu stark wachse und die Ressourcen nicht für alle reichen würden, ein Betrug war, da die wichtigste Ressource - der geistig-technologische Fortschritt der menschlichen Spezies - absichtlich ausgeklammert wurde.

Wenn wir nun wieder junge Leute zu Entdeckern und Forschern ausbilden, erobern wir Ressourcen, die nicht mit der relativ rohen Sinneserfahrung zu begreifen sind. Mit Forscherdrang und der Erfahrung der nur dem Menschen eigenen Kreativität entdecken und nutzen wir die Kraft der Natur im subatomaren Raum, und zunehmend auch im Weltraum. Wenn wir lernen, in diesem Bereich am stärksten zu wachsen, haben wir eine echte und langfristige Zukunft vor uns.

Es ist deshalb überfällig, sich nicht nur von der Finanzindustrie, sondern auch von der Unterhaltungsindustrie (beides sind keine Industrien, sondern Zirkusse) loszumachen und an die Wegbereiter der Wissenschaft wie Johannes Kepler, Albert Einstein, Wolfgang Köhler und Max Planck anzuknüpfen. Diese Prinzipien der Entdeckerkraft des menschlichen Geistes müssen gemeinsam mit einer Renaissance der Ideen der kreativen Dichter und Denker wie Friedrich Schiller und Eduard Mörike wieder in das allgemeine Schulsystem eingeführt werden.

Sie finden in meinem Wahlprogramm zentrale Überlegungen dafür, was man braucht, um Stuttgart und seine Umgebung zur europaweit führenden Technologieregion zu machen, die maßgeblich dazu beiträgt, den Wiederaufbau eines zerrütteten Europas zu organisieren. Kein geringerer Gedanke sollte Sie bei Ihrer Überlegung leiten, wem Sie am 7. Oktober Ihre Stimme geben. Stellen Sie bei dieser Wahl ihr vermeintliches kurzfristiges Privatinteresse nicht über, sondern unter das dringendere Bedürfnis, das Gemeinwohl und das Interesse aller Menschen zu schützen und zu fördern. Dann werden auch Sie persönlich eine Zukunft haben.

Wenn Ihnen jemand im Wahlkampf schnelle persönliche Erleichterung verspricht, ohne zu erwähnen, daß wir uns am Rande des Zusammenbruchs eines Systems befinden, der größer und fundamentaler sein wird als der Einsturz des Kommunismus vor 23 Jahren, dann rate ich Ihnen: Hände weg! Machen Sie diese Wahl zu einem Richtungswechsel auch in Ihrem Leben, indem Sie sich als Staatsbürger verstehen, der für das Ganze und nicht nur einen kleinen Teil, Verantwortung übernimmt. Und helfen Sie bei dieser Kampagne bitte schon heute mit!

**Machen Sie mit
bei der Kampagne!**
Tel.: 0711- 121 50 694
E-Mail: bw@bueso.de
www.bueso.de

Die Vorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Helga Zepp-LaRouche, veröffentlichte am 12. September nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes die folgende Videobotschaft auf www.bueso.de

Karlsruher ESM-Entscheidung: Eine Katastrophe für Deutschland — Jetzt raus aus dem Euro!

Die Entscheidung des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts von heute, 12. September, bedeutet eine wirkliche Katastrophe für Deutschland. Denn erstens bedeutet sie, daß der ESM in Kraft treten kann, nachdem einige Nachbesserungen vorgenommen worden sind. Und zweitens bedeutet es, daß der Schachzug der EZB, sechs Tage vor diesem Urteil unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen, Erfolg hat. Damit wird praktisch unbegrenzt Liquidität in das System hereingepumpt, und erwartungsgemäß wird morgen Bernanke in den USA das gleiche tun, indem er weiteres „Easing“, d.h. Liquiditätspumpen, vornehmen wird. Damit droht in der transatlantischen Region kurzfristig eine Hyperinflation wie in Deutschland 1923 - mit dem einzigen Unterschied, daß es diesmal nicht in einem Land sein wird, sondern in der gesamten transatlantischen Region. Karlsruhe hätte unbedingt dem Eilantrag Gauweilers stattgeben müssen, denn durch die Entscheidung der EZB war in der Tat eine völlig neue Lage gegeben.

Wenn nun einige der Kläger das Urteil verständlicherweise als Teilerfolg werten, weil gewisse Einschränkungen gemacht worden sind, dann kann ich dem nicht zustimmen. Zwar wurde im Urteil festgelegt, daß bei weiteren Forderungen des ESM der deutsche Repräsentant im ESM-Gouverneursrat, in diesem Fall [Finanzminister] Schäuble, und auch der Bundestag zustimmen müssen, aber wenn man die Ausrichtung von Herrn Schäuble kennt, der so schnell wie möglich zu einem gesamteuropäischen Staat hin möchte, und wenn man verfolgt hat, wie der Bundestag in der Vergangenheit alle Fragen abgenickt hat, ohne oftmals auch nur die notwendigen Dokumentationen zu lesen, dann ist das keine wirkliche Einschränkung. Vor allen Dingen, weil es unter der Dynamik des Kollapses des Finanzsystems stattfindet und deswegen der Druck immer so sein wird, daß dann doch, um den Euro zu retten, um Europa zu retten, nachgegeben werden wird.

Was wir in den letzten Jahren gesehen haben, war eine vollkommene Aushöhlung der Demokratie, des Grundgesetzes. Alle Regeln der abgeschlossenen Verträge wurden pausenlos verletzt, ob es sich um die „no-bailout-Klausel“ gehandelt hat oder das sog. Königsrecht des Parlamentes, die Kontrolle über den Haushalt. Mit dem ESM würde der letzte Schritt in dieser Errichtung einer wahren Finanzdiktatur getan. Es wäre eine Diktatur der Märkte auf Kosten des Gemeinwohls. Das hat bereits zu einer unglaublichen Zerstörung der Realwirtschaft geführt: in Griechenland, in



*Helga Zepp-LaRouche, Bundesvorsitzende
der Bürgerrechtsbewegung Solidarität*

Spanien - in Andalusien ist die Jugendarbeitslosigkeit bei 70% -, in Italien und anderen Ländern. Alle diese Länder stehen vor einer unglaublichen, gefährlichen sozialen Explosion.

Die ganze Konzeption des ESM ist bereits eine Ungeheuerlichkeit, weil damit eine Diktatur geschaffen würde, deren ausführende Organe lebenslänglich Immunität hätten - es würde ein rechtsfreier Raum geschaffen. Aber spätestens nach dem LIBOR-Skandal, in dem bekanntgeworden ist, daß die größten Banken der Welt über Jahrzehnte hin die Zinsraten so manipuliert haben, daß ihre Kunden um mehrstellige Milliardenbeträge betrogen wurden, und nach der Anhörung im amerikanischen Kongreß zur HongShang Banking Corporation, wurde klar, daß nicht nur diese Bank einen Großteil des Geldes aus dem Drogenhandel des mexikanischen Drogenkartells wäscht, sondern daß die Anschuldigungen bzw. Thesen von Antonio Mario Costa, dem [früheren] UN-Beauftragten für die Drogenbekämpfung, und seinem Gegenpart in Rußland, Viktor Iwanow richtig sind. Sie sagten, daß das gesamte Finanzsystem längst kollabiert wäre ohne die permanente Zufuhr der illegalen Drogengelder und daß

praktisch jede Bank darin verwickelt sei. Spätestens dann hätte man verstehen müssen, daß der ESM eine absolute Katastrophe bedeutet.

Die völlige Abwesenheit jeglichen Rechtsbewußtseins des gesamten Bankensektors darf nicht zementiert werden in der Form von EZB und ESM - praktisch Freifahrtscheinen für die Produktion von unbegrenzter Liquidität.

Der letzte Absatz im Urteil des Verfassungsgerichtes gibt allerdings einen Hinweis, wo der Ausweg liegen kann. Es heißt dort:

„Es ist völkergewohnheitsrechtlich anerkannt, daß der einvernehmliche Austritt aus einem Vertrag immer, ein einseitiger Austritt jedenfalls bei einer grundlegenden Veränderung der bei Vertragsschluß maßgeblichen Umstände möglich ist (vgl. Art. 62 WVK). In diesem Zusammenhang ist von besonderer Bedeutung, daß auch der Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion die Mitgliedschaft in der Europäischen Union voraussetzt (1. und 5. Erwägungsgrund; Art. 1 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1, Art. 15 Satz 1 SKSV). Bei einem Austritt aus der Europäischen Union (vgl. BVerfGE 123, 267 <350, 396>) würde die Grundlage für die weitere Teilnahme an den wechselseitigen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union durch den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ - also das Zustimmungsgesetz zum sog. Fiskalvertrag - „entfallen (vgl. Art. 1 SKSV). Auch die fortdauernde Zugehörigkeit zur einheitlichen Währung ist wesentliche Grundlage für die Bindung der Bundesrepublik Deutschland an die Vorgaben der Art. 3 ff. SKSV (vgl. Art. 14 Abs. 5 SKSV), die bei einem Ausscheiden aus der Währungsunion (vgl. dazu BVerfGE 89, 155 <205>) entfielen.“

Das ist der einzige Weg. Deutschland muß sich diesem ganzen Terror entziehen durch den Austritt aus der EU und aus der Europäischen Währungsunion. Es muß seine Souveränität über die eigene Währungs- und Wirtschaftspolitik wieder zurückgewinnen und dann sofort ein Trennbankensystem und ein Kreditsystem errichten, und ein Aufbauprogramm für die Realwirtschaft, wie wir es seit einigen Wochen vorgelegt haben, in Gang setzen.

Wenn Sie natürlich die Zeitungen lesen oder die Medienberichterstattung hören, dann heißt es, daß ein solcher Austritt aus dem Euro und eine Rückkehr zu einer souveränen neuen D-Mark eine totale Katastrophe für Deutschland bedeuten würde. Das ist eine Lüge. Die Wahrheit ist, daß Hyperinflation, das Resultat dieser Politik, die jetzt gemacht wird, die brutalste Form der Enteignung der allgemeinen Bevölkerung ist. Und das weiß jeder in Deutschland. Wir alle haben durch Erzählungen unserer Verwandten, durch geschichtliche Studien erfahren, was 1923 passiert ist - daß sich innerhalb kürzester Zeit alles, was das Lebenswerk bedeutet hat, quasi in Luft aufgelöst hat, und hinterher die Leute mit Geldnoten die Wände beklebt haben, weil das billiger war als Tapeten.

Die Wahrheit ist auch, daß Europa sehr gut funktioniert hat vor Maastricht. Wenn wir uns jetzt orientieren auf den Ausbau der Realwirtschaft, was nur außer-

halb dieses EU-Konstruktes möglich ist, und wenn wir dabei zu den bewährten Konzepten zurückgreifen, wie wir das nach 1945 mit Hilfe der Kreditanstalt für Wiederaufbau gemacht haben, die auf den Prinzipien der Rooseveltischen Reconstruction Finance Corporation basierte, dann können wir, genau wie damals, in wenigen Jahren die Krise überwinden.

Ein weiterer Aspekt, den wir unbedingt bei dieser Frage berücksichtigen müssen, ist die Tatsache der unmittelbaren Kriegsgefahr. Ein Teil des anglo-amerikanischen Establishments ist zu der Erkenntnis gekommen, daß überhaupt nur noch etwas zu retten ist durch die sofortige Wiedereinführung des Glass-Steagall-Standards in der Tradition Roosevelts - also eines Trennbankensystems, das eine Separierung der Geschäftsbanken und der Investmentbanken vornimmt und aufhört, die Schulden von Zockern durch Steuer-gelder zu finanzieren.

Das ist die Meinung eines Teils des Establishments, aber ein anderer Teil versucht im Moment, zu den bewährten Methoden imperialer Politik zurückzugreifen, d.h., einer Ablenkung von der Krise durch Krieg. Unmittelbare Kriegsgefahr besteht einerseits in der Destabilisierung von Syrien, wo die Blair-Doktrin - jenes Tony Blair, der uns den Irakkrieg auf der Basis von Lügen beschert hat, der heute die Politik der sog. „humanitären Intervention“ betreibt - in totalem Gegensatz steht zu der Putin-Doktrin, die die UN-Charta und die absolute Unverletzbarkeit der nationalen Souveränität hochhält.

Syrien ist also der eine mögliche Kriegsauslöser - oder ein Militärschlag gegen den Iran, von dem alle Experten wissen, daß das auf der Stelle den Dritten Weltkrieg bedeuten würde. Und diesmal wäre das ein thermonuklearer Krieg, der die Auslöschung der menschlichen Gattung zur Folge hätte.

Jeder, der über die strategische Lage nachdenkt - Finanzkrach, Finanzdesintegration und akute Gefahr eines Dritten Weltkrieges - muß verstehen, daß die Menschheit als Zivilisation dabei ist, voll und ganz vor die Wand zu fahren. Und wenn wir nicht sofort das gesamte Paradigma, auf dem die Politik aufgebaut ist, verändern, dann wird es zu dieser Katastrophe kommen. Deshalb ist ein Austritt Deutschlands aus der EU und aus der Europäischen Währungsunion der absolut notwendige erste Schritt, um eine wirkliche Entwicklungsperspektive, eine Aufbauperspektive der Realwirtschaft weltweit in Gang zu setzen. Das ist die einzige Alternative, die uns bleibt.

RUFEN SIE UNS AN!
Bundesgeschäftsstelle der BüSo:
06131-23 73 84

BW: 0711-121 50 694
Bayern: 089-725 40 11
Berlin: 030-802 34 05
Hamburg: 040-18200 658

Hessen: 0611-716 97 44
Niedersachsen: 0163-7774034
NRW: 0201-3619753
Sachsen: 0351-42 78 140

www.bueso.de

Stuttgart: Tor zum Rhein, zur Welt — und zum Weltraum

Von Rainer Apel

Die Wahl des Stuttgarter Oberbürgermeisters am 7. Oktober entscheidet mit darüber, ob die Neckarmetropole aufgrund von Fehlentscheidungen oder Verzögerungen und Unterlassungen wichtiger Weichenstellungen im weiteren Verlauf dieses Jahrhunderts auf Provinzstatus herabsinkt, oder ob sie einer der maßgeblichen Knotenpunkte entlang einer der bereits heute entstehenden großen transkontinentalen Verkehrsmagistralen wird. Es wird nämlich von vielen (den Gegnern des Bahnhofprojekts sowieso) bisher nicht gesehen, daß „Stuttgart 21“ eine ganz wichtige Station entlang einer neu entstehenden eurasischen Eisenbahntrasse ist, die sich von der französischen Atlantikküste bis zur russischen Pazifikküste erstreckt. Und von Sibirien geht es weiter nach Amerika, über den bereits in die Vorplanung genommenen Eisenbahntunnel unter der Beringstraße. Stuttgart, immerhin schon heute die fünftgrößte deutsche Großstadt mit erheblichem industriellen Anteil, hat also das Potential zu mehr, zumal es zusammen mit Plochingen eine der großen deutschen Hafenregionen repräsentiert.

Unter der Voraussetzung, daß die derzeitige tiefe Wirtschaftsdepression, die auch einen Rückgang der auf dem Neckar transportierten Güter mit sich gebracht hat, überwunden wird, haben die beiden Häfen der Region Stuttgart-Plochingen ein Wachstumspotential von 500 Prozent - das hat eine Studie der vorigen baden-württembergischen Landesregierung vor zwei Jahren prognostiziert. Das wirkliche Entwicklungspotential dürfte sogar noch höher liegen, wenn die Vorstellungen der BüSo politische Realität werden: diese zielen darauf, die Neckarmetropole zu einem Zentrum der Entwicklung und Anwendung von Pioniertechniken wie Kernfusion, erweiterte Plasmaphysik, Isotopentechnik, Magnetschwebesysteme, Strahlenmedizin und Weltraumtechnik zu machen.

Das durch Stuttgart 21 frei werdende Areal, um das wegen seiner Innenstadtlage und Ausdehnung viele Städte die Neckarmetropole beneiden, bietet Platz genug, nicht nur neue Bäume zu pflanzen, sondern auch zahlreiche Forschungsstätten und kleine wie mittelständische Betriebe für Erprobung und Anwendung neuentwickelter Techniken in den genannten Bereichen anzusiedeln.

Zukunftstechnik Magnetbahnen

In der Magnetbahntechnik z.B. ist die Entwicklung mit dem Transrapid, wie wir ihn heute kennen, noch längst nicht erschöpft: Mit dem in NRW entwickelten CargoCap bietet sich die Möglichkeit eines in Röhren unterirdisch verlaufenden Systems, bei dem industrielle Halbfertig- wie Endprodukte in magnetisch gelenkten Kapseln automatisch transportiert werden können. Die Tunnelbohrtechnik ist heute - ganz maß-

geblich übrigens durch das in Baden-Württemberg ansässige Unternehmen Herrenknecht - so weit verfeinert worden, daß Tunnelanlagen über etliche zehn Kilometer hinweg unterirdisch errichtet werden können, ohne daß die Erdoberfläche großflächig aufgerissen werden muß. Es wäre möglich, eine Vielzahl von industriellen Betrieben wie Güterumschlagszentren über solche CargoCaps mit den Häfen in Plochingen und Stuttgart zu verbinden. Dies wäre auch der Weg, um in den kommenden Jahrzehnten das Entwicklungspotential beider Hafenkomplexe über die vorausgesagte Verfünffachung hinaus anzuheben.

Während jedoch der Ausbau der Wasserstraße Neckar bereits mit dem Ziel, bis 2021 dort den durchgehenden Transport von Containern und Massengütern auf 135-Meter-Schiffen möglich zu machen, in Angriff genommen wird (mit Neubaukosten für Schleusenanlagen usw. von nahezu 200 Millionen Euro), ist der



QUELLE: CARGOCAP.DE

Stuttgart sollte noch viel mehr als nur den Zugverkehr unter die Erde legen — mit dem CargoCap-System könnte man den regionalen Gütertransport von der Straße auf ein unterirdisches Rohrsystem verlegen.

Bahngüteraspekt bisher sträflich vernachlässigt worden. Der Güterverkehr ist bei Stuttgart 21 ausgespart worden und sollte sinnvollerweise auch nicht nachträglich dort eingesetzt werden; auch die von vielen Bahnexperten empfohlene „Umrüstung“ der alten Bahntrasse an der Geislinger Steige durch einige Tunnelneubauten würde den Durchbruch für den Gütertransport nicht bringen. Die Lösung liegt in der Entwicklung einer robusten Gütervariante des Transrapsids, eines magnetschwebetechnisch betriebenen Systems, das die höhere Steigfähigkeit dieser Technik nutzt und selbst mit gegenüber der Personentransportvariante sichtbar verringerter Fahrgeschwindigkeit im Spektrum 150-200 km/h dem LKW-Verkehr zumal auf längeren Strecken noch weit überlegen wäre.

Für den Bau der Trasse selbst könnte das Freivorbauverfahren, wie es vom nordrheinwestfälischen People-CargoMover-Team vorgeschlagen wird, angewandt

werden. Hierbei errichtet sich die Trasse gewissermaßen selbst, indem sie, ähnlich wie bei einem klassischen Gleisbauzug täglich um 800-1000 Meter voranwächst. Einmal fertiggestellt, würde die „Alb-Trasse“ erstes Teilstück einer später entstehenden kontinentalen Magnet-Gütermagistrale mit Abzweigungen. Es ist ganz offensichtlich, daß Deutschland, wo die Magnet-schwebetechnik entwickelt wurde, auch bei ihrer Anwendung in Großprojekten vorangehen muß.

Würde eine Magnetbahn-Gütertransporttrasse erstmals hier in Deutschland errichtet, könnte aus einem solchen System ein neuer Exportschlager werden, denn zahlreiche Länder haben schon nach einem Güter-Transrapid angefragt. Und natürlich wäre es sinnvoll, erste Fertigungszentren für den Güter-Transrapid hier in oder in der Nähe der Neckarmetropole anzusiedeln. Da die Region Stuttgart ohnehin ein Zentrum der deutschen Automobilproduktion ist, bietet sich die Teilumrüstung auf die Fertigung magnetisch betriebener Verkehrssysteme, wie sie dem 21. Jahrhundert angemessen sind, konsequenterweise an, weil darin die Zukunft eines großen Teils der heutigen Produktion von PKWs und LKWs liegt. Das von der BüSo vorgeschlagene Wissenschaftszentrum auf dem Areal des früheren Stuttgarter Bahnhofsgeländes könnte in direkter Partnerschaft mit Daimler, wie auch den zahlreichen mittelständischen Zulieferern, eine ganze Palette von je nach Einsatzart ausgerichteten Magnetbahnvarianten für den öffentlichen städtischen Nahverkehr, den privaten Personen- und Lieferverkehr wie auch für industrielle Transporte zusätzlich zur schon vorhandenen aber weiterentwickelbaren Fernverkehrsversion des Transrapids entwickeln.

Die Magnetbahntechnik könnte auch Anwendung finden bei der Revolutionierung des Fernstraßenverkehrs: nämlich auf Autobahnen, in deren Decke durchgehend Schienen eingelassen sind (ähnlich wie Straßenbahnschienen im Stadtverkehr), an denen entlang der Individualverkehr der Zukunft magnetisch und automatisch stattfindet. Künftige PKWs und auch LKWs würden sich an den Aus- und Auffahrten sowie



QUELLE: NASA

Curiosity — Das Tor zur Eroberung des Weltraums ist aufgestoßen.

an Raststätten, Parkbuchten und Notrufsäulen aus- oder einklinken und bei Verlassen der Schienen auf Betrieb des eigenen Elektromotors umschalten. Der Fahrer würde bei Beginn der Fahrt und bei Änderungen des Fahrziels unterwegs die entsprechenden Kenn-daten einprogrammieren - in einem Vorgang, der sich vom heutigen Einsatz von Navigatorsystemen nicht sehr unterscheidet. Ein solches System zu entwickeln, ist eine neue große Herausforderung an die Forschung, Ingenieur- und Fahrzeugtechnik, die aber in engem Zusammenspiel zwischen dem von der BüSo vorgeschlagenen innenstädtischen Stuttgarter Wissenschaftszentrum und der ohnehin stark in der Region Stuttgart vertretenen Fahrzeugfertigung gemeistert werden kann.

Weltraumzentrum

Stuttgart und die umliegende Region sollten aber auch, noch mehr als bisher, in ein anderes Pionierfeld moderner Technik vorstoßen: die Weltraumtechnik, deren Bedeutung sich in den kommenden Jahrzehnten

sichtbar erhöhen wird, ähnlich wie bei der rasanten Entwicklung der Luftfahrt im vergangenen Jahrhundert. Trägerraketensysteme der verschiedensten Größen, Module für Raumstationen und Bodenstationen auf dem Mond, dem Mars, weiteren Planeten und Asteroiden, orbitale oder auf dem Boden rollende automatische Laboratorien vom Typ der Marssonde „Curiosity“, Transportsysteme für den Nachschub von Material und Lebensmitteln, Systeme zur Förderung von Rohstoff-



Der Bau des weltweiten Infrastrukturnetzes der „Weltlandbrücke“ erlaubt es, allen Menschen weltweit einen menschenwürdigen Lebensstandard zu sichern - und damit auch für Vollbeschäftigung in den Industrienationen zu sorgen.

fen auf dem Mond und Monden anderer Planeten - all dies wird bei einer ernsthaften Anstrengung für bemannte wie auch unbemannte Raummissionen in großen Stückzahlen nachgefragt werden. Der Kolumbus des 21. Jahrhunderts „segelt“ in den Weltraum hinaus, um neue Welten zu entdecken, und natürlich wird Deutschland als Industrienation mit nahezu 80 Jahren Erfahrung im raumfahrttechnischen Sektor ganz vorne dabei sein.

Je größer und empfindlicher die jeweiligen Module und Komponenten sind, desto angebrachter ist ihr Transport auf dem Wasserwege, und nach vollendetem Neckarausbau ist die Region Stuttgart über den Rhein, den Rhein-Main-Donaukanal und den Rhein-Rhone-Kanal mit dem Rest der Welt schiffahrtmäßig direkt verbunden. Das Motto des Hafens Plochingen, „Tor zum Rhein und zur Welt“, würde erweitert um „und zum Weltraum“. Mit dem Aufbau eines starken raumfahrtindustriellen Sektors in der Region wäre die Neckarmetropole hervorragend für die Zukunft aufgestellt,

und zumal für die junge Generation eröffnen sich ganz neue Berufs- und Lebensperspektiven: wenn das erste deutsche Team auf dem Weg zum Mars ist, könnte ein Stuttgarter, Esslinger oder Plochinger dabei sein. Und Astronauten fänden in der Region zukünftig ebenso ein Tätigkeitsfeld für die Ausbildung des Nachwuchses wie heute der in Reutlingen geborene Ernst Messerschmid, Astronaut im erstmalig allein von Deutschland betriebenen Raumlabor D-1 im Jahr 1985. Vorher war Messerschmid übrigens in der Teilchenphysik tätig (CERN, DESY).

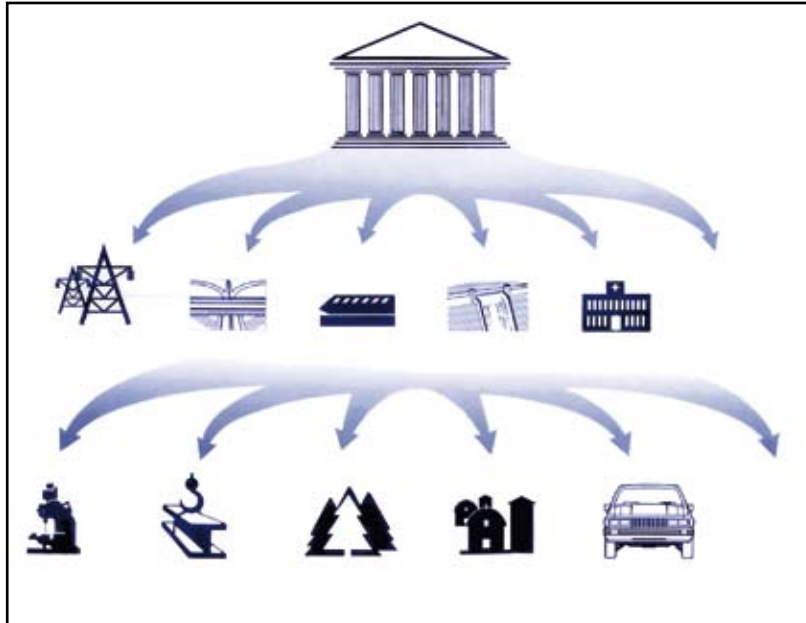
Apropos Reutlingen: ein weiterer großer Sohn der Stadt, Friedrich List, würde bei einem Blick auf das Programm der BüSo feststellen, daß seine Grundideen zum Ausbau der Infrastruktur und zur Entfaltung der Produktivkräfte hier eine konsequente und moderne Fortsetzung finden.

Wer soll das bezahlen? Das Trennbankensystem!

Und wie soll all das bezahlt werden? Zunächst einmal ist festzuhalten, daß jede Milliarde, die in die Ent-

wicklung von Infrastruktur, Realwirtschaft und entsprechend ausgerichteteter Forschung fließt, sinnvoller investiert ist als 100 Milliarden an derzeitigen Rettungspaketen für die Banken, wobei die Gelder wie in einem riesigen schwarzen Loch verschwinden. Des weiteren verteilen sich die Kosten bei Anlagen wie denen des Neckarausbau, die auf eine „Lebensdauer“ von 40-50 Jahren konzipiert sind, auf jährlich überschaubare Summen. Überdies ist das von der BüSo geforderte Trennbankensystem, bei dem der Produktivkredit zu niedrigen Zinsen, vermittelt durch die wieder

eingerrichtete klassische Geschäftsbankenrolle, Vorrang gegenüber anderen Finanzierungsgeschäften hat, mindestens so leistungsfähig wie das deutsche Bankensystem der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg. Öffentlich abgesicherte Projekte sind außerdem die sicherste Anlage und von langfristigem Nutzen für den Sparrer wie für den Bürger. Und schließlich erhöhen sich durch den zielgerichtet betriebenen realwirtschaftlichen Aufschwung auch die



Wenn die Banken aufgetrennt sind, kann eine Nationalbank im Stile der Kreditanstalt für Wiederaufbau Kredite für bestimmte Projekte vergeben, die dann an die damit beauftragten Firmen fließen.

öffentlichen Steuereinnahmen, so daß jede Milliarde, die in der Region investiert wird, einen mehr als willkommenen Zufluß in die kommunalen Kassen mit sich bringt.

Völlig kontraproduktiv ist dagegen die Fortsetzung der Einsparpolitik in Kombination mit den Vorgaben der Maastricht-EU-Verträge, durch welche die Entscheidungsfreiheit nationaler, regionaler und kommunaler Politik bei großen Projekten in unverantwortlicher Weise aufgehoben ist. Dem Neckarausbau zum Beispiel droht hierdurch eine drastische Kürzung, die Neubauten und Sanierungen auf die Strecke Mannheim-Heilbronn beschränken und den Flußlauf südlich hiervon zur nachrangigen, nicht so dringlich auszubauenden Binnenwasserstraße herabstufen würde, so daß die Entwicklung der Stuttgarter Region blockiert wäre. Einsparpolitik, Schuldenbremse und Maastricht müssen fallen, so daß eine zukunftsorientierte Kreditpolitik für Projekte, Industrie und Beschäftigung möglich wird.

Das folgende Grußwort von Stephan Ossenkopp wurde bei der Demonstration „Stoppt den ESM“ am 8.9. in Karlsruhe verlesen:

Liebe Mitbürger,

im Namen der „Rettung des Euro“ will die Europäische Zentralbank die Geldschleusen aufreißen. Sie wird damit eine Hyperinflation wie in den 1920er Jahren verursachen. Im Winter 1923 benutzte man Bündel von Geldscheinen, um die Stube zu heizen, weil man sich Briketts nicht mehr leisten konnte.

Im Namen der „Stabilität Europas“ soll der ESM die souveränen Staaten entmündigen und einer zentralen Exekutive unterwerfen. Das erinnert eher an den geheimen Kronrat des britischen Tyrannen-Königs Heinrichs des 8. !

Es gibt jedoch Mittel und Wege, dieses Inferno abzuschmettern! Der erste Schritt wäre das Trennbankensystem, das Investmentbanken vollkommen abtrennt von den Geschäftsbanken. Es sind ja die Investmentbanken, von denen die Finanzkrise ausging. Untersuchungsberichte zeigen eindeutig, dass bei den Investmentbanken systematisch manipuliert, Geld gewaschen und Kunden betrogen wurden. Solch ein System muss ja irgendwann zusammenbrechen. Die Realwirtschaft und ihre Hausbanken wollen wir retten, unser Ersparnis wollen wir schützen, aber keinen Cent mehr für Zocker und Betrüger! Deshalb ein Trennbankensystem.

Der ESM soll übrigens gar nicht den Euro vor dem Zusammenbruch retten, sondern er soll diesem kriminellen Investmentbankensystem ein Schlupfloch bieten. Deshalb ist der ESM-Gouverneursrat und sind seine Büroräume immun. Man will einen rechtsfreien Raum schaffen, um der gerechten Strafverfolgung zu entgehen!



BüSo-Mitglieder bei der Demonstration in Karlsruhe

Doch dazu wird es wohl nie kommen. Wenn wir jetzt gemeinsam echte Lösungen wie die Bankentrennung einfordern, und andere Menschen mitreißen, dann werden wir gewinnen, auch wenn wir jetzt scheinbar nicht – oder noch nicht – die Mehrheit bilden. Das kann sich schnell ändern. Ich wünsche den Veranstaltern und Mitwirkenden dieser Versammlung viel Kraft und Durchhaltevermögen. Niemand soll an der Dimension der Aufgabe verzweifeln.

Viele sagen, es sei ein Kampf wie David gegen Goliath – aber erinnern Sie sich doch mal daran, wer von den beiden gewonnen hat.

Ihr Stephan Ossenkopp

NEUE BÜSO-BROSCHÜRE Es gibt ein Leben nach dem Euro

„Es gibt ein Leben nach dem Euro“, schreibt Helga Zepp-LaRouche in ihrer Einleitung zum BüSo-Aufbauprogramm für Südeuropa, den Mittelmeerraum und Afrika - wenn die Nationen Europas das System der hyperinflationären Rettungs- und Sparpakete aufgeben und statt dessen mit einem durch staatliche Kreditschöpfung finanzierten Wiederaufbau-Programm beginnen.

Es wird das Potential und die Entwicklungsprojekte für eine Reihe von Ländern Südeuropas und Afrikas beschrieben, deren Wirtschaft derzeit kollabiert.

Sie können Sie die 48seitige Broschüre über info@bueso.de oder über unsere Bundesgeschäftsstelle (06131-237384) zu einem Unkostenbeitrag von € 5,- (inklusive Porto) bestellen.



Appell an die Regierungen und Parlamente: Trennbankensystem jetzt durchsetzen!

1. Es müssen in allen Staaten der transatlantischen Region Gesetze für ein Trennbankensystem beschlossen werden, die sich an Franklin D. Roosevelts Glass-Steagall-Gesetz vom 16.6.1933 orientieren. Dessen Prinzipien waren in den europäischen Staaten bis Anfang der 80er Jahre in Form strikter Regulierungen gültig, die dafür sorgten, daß der Bankensektor vornehmlich den Charakter von Industriebanken besaß und ein Zugriff auf private Spareinlagen zum Zwecke riskanter Spekulationsoperationen unmöglich war.

Wie es vor der Aufhebung von Glass-Steagall 1999 durch das Gramm-Leach-Bliley-Gesetz der Fall war, müssen Geschäftsbanken, Investmentbanken und der Versicherungssektor vollkommen voneinander getrennt werden.

2. Die Geschäftsbanken müssen unter staatlichen Schutz gestellt werden, die Investmentbanken müssen künftig ihre Bilanzen selber ohne die Hilfe von Steuergeldern in Ordnung bringen, was praktisch bedeutet, daß toxische Papiere in Billionenhöhe abgeschrieben werden müssen, selbst wenn dies zur Insolvenz der Banken führt.

3. Ein Nationalbanksystem in der Tradition von Alexander Hamilton muß dann im Rahmen eines neuen Kreditsystems langfristige Kredite mit niedrigen Zinsen für produktive Investitionen zur Verfügung stellen, die durch eine gezielte Erhöhung der

Energieflußdichte und des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts die Produktivität der Wirtschaft steigern.

4. Für den Wiederaufbau der Realwirtschaft sollen langfristige Kooperationsverträge zwischen souveränen Staaten geschlossen werden, die die Durchführung wohldefinierter Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte im Rahmen des mittelmeerweiten Plans für ein neues Wirtschaftswunder als notwendiger Verlängerung der Weltlandbrücke zum Zweck haben. Diese Verträge repräsentieren de facto ein neues Kreditsystem, ein Neues Bretton-Woods-System, in der Tradition Roosevelts.

Es geht bei der Einführung von Trennbankengesetz und Kreditsystem keineswegs nur um eine banktechnische Verbesserung, sondern darum, wie die Wirtschaft den Fortbestand der Menschheit über mehrere Generationen in die Zukunft sichern kann und wie die Wertschöpfung der gegenwärtigen Generation vermehrt an die folgenden Generationen weitergegeben werden kann. Der Mensch muß wieder Mittelpunkt und Zweck der Wirtschaft werden.

Wir, die Unterzeichner richten einen dringenden Appell an die Regierungen und Parlamente, ihrer verfassungsmäßigen Pflicht nachzukommen und zum Schutze des Gemeinwohls der von ihnen vertretenen Völker das Trennbankensystem sofort zu verabschieden.

Wir, die Unterzeichner richten einen dringenden Appell an die Regierungen und Parlamente, ihrer verfassungsmäßigen Pflicht nachzukommen und zum Schutze des Gemeinwohls der von ihnen vertretenen Völker das Trennbankensystem sofort einzuführen.

Vorname, Name _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Stadt _____

E-Mail-Adresse _____

Datum, Unterschrift _____

**Bitte einsenden an: BüSo, Postfach 221128 / 55050 Mainz
oder unterschreiben Sie online: www.bueso.de/trennbankensystem**

Das Kurzprogramm der BüSo

Wiederaufbau der Realwirtschaft

Infrastruktur erhalten und ausbauen

Unterlassene Investitionen in die Infrastruktur von Kommunen und Bund haben zu einem „Investitionsstau“ von mittlerweile mindestens 1000 Mrd. Euro geführt. Jetzt muß nicht nur dieser Rückstand beseitigt, sondern außerdem in neue Projekte wie CargoCap, RailCab und grenzübergreifende Transrapidstrecken investiert werden.

Neue Märkte sind zu erschließen durch ein System produktiver, zwischenstaatlicher Kredite für große, länderübergreifende Infrastrukturprojekte mit staatlichen (Hermes-)Bürgschaften.

Im Rahmen solcher Projekte kann auch ein großer Teil des Autosektors zur Produktion nützlicher Güter wie Transrapid, CargoCap, Kernkraftwerken, Traktoren, Erntemaschinen etc. umgerüstet und so wertvolle Arbeitsplätze und Kapazitäten erhalten werden.

Eurasische Landbrücke als Friedensordnung

Die Zukunft Europas liegt in der Zusammenarbeit souveräner Nationen für eine gemeinsame Mission des Gemeinwohls und nicht in einem militarisierten, neuen EU-Empire. Die Eurasische Landbrücke, die nicht nur aus einem Netz von Transrapidstrecken, Pipelines, Kernkraftwerken und Entwicklungskorridoren über den ganzen Doppelkontinent besteht, schafft auch die Grundlage für eine Friedensordnung im Sinne des Westfälischen Friedens von 1648, in der die Nationen jeweils auch den „Vorteil des anderen“ fördern.

Die Entwicklung Afrikas ist eine dringliche, gemeinsame Mission Europas.

Kernkraft statt Windräder

Ausstieg aus der Subventionierung der unrentablen Wind- und Solarenergie, Aufhebung des energievertuernden Energieeinspeisungsgesetzes.

Wiedereinstieg im großen Stil in die Kernenergie, Bau des inhärent sicheren Hochtemperaturreaktors. Mehr Mittel für die Kernfusion und den ITER-Forschungsreaktor.

Nein zum Schwindel der „menschengemachten Klimaerwärmung“; kein CO₂-Zertifikatehandel!

Paritätspreise für die Landwirtschaft

Kostendeckende Erzeugerpreise sind Grundvoraussetzung für Nahrungsmittelsicherheit. Die Nahrungsmittelproduktion muß weltweit verdoppelt werden, damit eine wachsende Weltbevölkerung ernährt werden kann. Abschaffung der WTO! Keine Produktion von Nahrungsmitteln für Biosprit und keine Patentierung von Saatgut oder Nutztieren durch Agrarkartelle.

Gesundheitswesen retten:

Keine Nazipolitik durch Leistungskürzungen!

Das einst vorbildliche deutsche Gesundheitswesen muß wiederhergestellt werden! Weg mit dem Gesundheitsfonds! Nein zu Deckelung, Kürzung von Leistungen oder Prioritätenlisten für Behandlungen. Eine Zweiklassenmedizin, bei der das Einkommen die Lebenserwartung bestimmt und mit der politisch mörderische Sparprogramme zugunsten der Rettung von Finanzspekulanten durchgedrückt werden, ist mit dem Grund-

gesetz unvereinbar.

Gerade in Deutschland darf die Idee, es könnte „zu teure, zu alte, zu kranke“ Patienten geben, nicht noch einmal toleriert werden! Abschaffung der unnötigen kostspieligen Bürokratie, die durch die diversen „Gesundheitsreformen“ geschaffen wurde; statt dessen ordentliche Bezahlung für Ärzte, Krankenschwestern und andere im medizinischen Bereich tätigen Personen. Die Solidargemeinschaft der Versicherten und das Gemeinwohl muß wieder Richtschnur im Gesundheitswesen werden.

Renten sichern durch Wirtschaftswachstum

Keine Privatisierung der Gesetzlichen Rentenversicherung. Das akute Defizit in der Rentenkasse wird sofort verschwinden, wenn die Investitionsoffensive Millionen Menschen wieder in Arbeit bringt. Auch das demographische Problem ist lösbar durch eine wachsende Produktivität der Gesamtwirtschaft, die u.a. in höheren Realeinkommen zum Ausdruck kommt.

Bildung und Kultur wiederbeleben

Forschen für die Welt von morgen

Damit die besten Köpfe im Lande bleiben, müssen sie auch etwas zu tun bekommen: Wichtige Zukunftsbereiche: Weltraumforschung, Terraforming, Kernfusion, Nanotechnik, eine „Biologische Verteidigungsinitiative“ zur Erforschung von AIDS u.a. Krankheiten. Die Gefahr neuer bedrohlicher Pandemien wie der Schweine- und Vogelgrippe zeigt, daß diese medizinischen Forschungsprojekte eine Überlebensfrage für die Menschheit sind.

Humboldts Bildungswesen zum Vorbild nehmen

Mehr denken, lernen, forschen und erfinden! Schüler sollen in der Schule nicht nur dies und das auswendig lernen, sondern schöpferisches Denken üben, ihre Talente entdecken und eine Idee davon bekommen, was wirkliches Wissen und ein „schöner Charakter“ ist. Verbot von Killerspielen!

Renaissance der klassischen Kultur

Wenn wir die Ideen von großen Menschen wie Platon, Nikolaus von Kues, Leibniz, Mendelssohn, Schiller, Humboldt, Bach, Mozart, Beethoven, Gauß, Riemann und Einstein wieder lebendig werden lassen, können wir wieder zum Volk der Dichter und Denker werden.

Europa der souveränen Staaten

Nein zum Lissabon-Vertrag – Hände weg vom Grundgesetz!

Eine Verfassung ist dazu da, gerade in Krisenzeiten Richtschnur und Maßstab der Politik zu sein. Deshalb Nein zum grundgesetzwidrigen und diktatorischen Lissabon-Vertrag! Auch Gesetze wie Hartz IV, die das Wesen der Bundesrepublik als sozialer und auf dem Gemeinwohl basierender Republik zerstören, sind abzulehnen.

Dasselbe gilt für neue Gesetze, die angeblich der Abwehr des Terrorismus dienen. Keine Beteiligung an Angriffskriegen, kein Einsatz der Bundeswehr im Innern als Polizeiersatz. Nein zum Kampfeinsatz in Afghanistan! Statt dessen Beteiligung an einer effektiven Bekämpfung von internationalem Drogenhandel und Geldwäsche.

Erst kommen die Menschen!

Das Kurzprogramm der BüSo

Sofortmaßnahmen zur Lösung der Krise

Ordentliches Insolvenzverfahren der Banken auf nationaler Ebene

Keine weiteren Milliarden an Steuergeldern oder aus den Druckerpressen der Notenbanken für den Giftmüll bankrotter Banken oder Spekulanten, sondern ein ordentliches Insolvenzverfahren der betroffenen Banken.

Zeitweise Nationalisierung der Banken, um die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, den Giftmüll abzuschreiben, die Bilanzen in Ordnung zu bringen bzw. nicht überlebensfähige Banken zu schließen. Zu diesem Zweck Einsetzung kompetenter Industriebanker statt Manager, die versagt haben.

Der Schutz der Einlagen und die Aufrechterhaltung der volkswirtschaftlich wesentlichen Funktionen staatlich regulierter Banken muß gesichert werden.

Ersatz des monetären Systems durch ein Kreditsystem, in dem staatliche Kredite für Infrastruktur und andere die Produktivität der Wirtschaft steigernde Bereiche ausgegeben werden, die dann über die öffentlichen Banken an die Firmen weitergeleitet werden, die an diesen Investitionen beteiligt sind.

Für eine „Pecora“-Untersuchungskommission

Wir brauchen eine schonungslose Untersuchung der Ursachen der Krise, um durch entsprechende Gesetze eine Wiederholung zu verhindern. Die verantwortlichen Personen müssen identifiziert und zur Rechenschaft gezogen werden.

Sofortige Notkonferenz souveräner Staaten für ein neues Bretton-Woods-System

Wir befinden uns mitten im Systemkollaps der globalisierten Finanzmärkte. Gegen einen chaotischen Zusammenbruch hilft nur eine Reorganisation des Weltfinanzsystems auf Veranlassung maßgeblicher Regierungen. Eine Gipfelkonferenz ähnlich wie 1944 in Bretton Woods muß ein neues Kreditsystem schaffen, das sich auf den Wiederaufbau der Realwirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene konzentriert, die Sozialsysteme erhält, den Kapitalverkehr regelt, die Spekulation unterbindet und einen Großteil der Schulden abschreibt.

Zu den nötigen Maßnahmen gehören: feste Wechselkurse, die Schaffung einer Nationalbank und souveräne Kontrolle über die eigene Währung nach den Prinzipien der Physischen Ökonomie, wie sie Lyndon LaRouche vertritt.

Neue Weltwirtschaftsordnung statt „Globalisierung“

Globalisierung ist ein brutaler Mechanismus zur Senkung des Lebensstandards und Zerstörung der Sozialsysteme in den alten Industriestaaten, ohne daß dieses Produktivpotential in den Billiglohnländern entsprechend aufgebaut würde. Die Alternative zu diesem neuen Feudalismus ist die Zusammenarbeit der Nationalstaaten in einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Die jetzt tonangebenden Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank müssen durch ein System von Nationalbanken unter der Kontrolle souveräner nationaler Regierungen ersetzt werden. Nein zu einer neuen imperialen „Weltwährung“ wie den Sonderziehungsrechten.

Währungshoheit wiederherstellen

Da mit dem Scheitern der EU-Verfassung die EU keine Geschäftsgrundlage mehr hat und die EZB als Notenbank privater Finanzinteressen die notwendige Investitionspolitik in den einzelnen Ländern blockiert, kündigen wir den Maastrichter Vertrag, führen die D-Mark wieder ein und behalten den Euro nur als Verrechnungseinheit.

Produktive Kreditschöpfung für 10 Mio. Arbeitsplätze

Oberster Kreditgeber in einem souveränen Deutschland ist eine dem Gemeinwohl verpflichtete Bundesbank, die in eine Nationalbank umgewandelt werden muß. Die Landesbanken müssen ihrer ursprünglichen Aufgabe gemäß öffentliche Projekte finanzieren. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau soll über langfristige, niedrigverzinsten Infrastrukturanleihen privates Kapital mobilisieren und so, wie nach dem Krieg, Kredite an mittelständische Unternehmen finanzieren.

Stabilitätsgesetz von 1967 anwenden

Vollbeschäftigung ist machbar, wenn wir das Stabilitätsgesetz von 1967 konsequent anwenden. Mit jährlich 200 Mrd. Euro (400 Mrd. DM) öffentlicher Infrastrukturinvestitionen werden private Investitionen in vergleichbarer Höhe angeschoben und in wenigen Jahren 10 Mio. produktive, gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen. Vorbild ist der Wiederaufbau in den 50er Jahren oder F.D. Roosevelts „New Deal“.

Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten der BüSo!

- Ja, ich will Mitglied der BüSo werden.
Bitte schicken Sie mir Unterlagen.
- Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen: Bürgerrechtsbewegung Solidarität,
Postbank Ludwigshafen, BLZ: 545 100 67,
Kto.Nr.: 166 027 676
- Ich will Flugblätter verteilen und Treffen organisieren.

Name, Vorname: _____

PLZ, Ort: _____

Straße, Hausnr.: _____

Telefon: _____

E-mail: _____

**Melden Sie sich bei info@bueso.de oder senden Sie diesen Coupon an die
Bürgerrechtsbewegung Solidarität - Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz**